V-48 Gorleben soll leben!

Antragsteller*in: Hartwig Berger (KV Charlottenburg-Wilmersdorf)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Für eine verantwortliche Endlagersuche mit allen Beteiligten

Mit dem Bericht der beauftragten Kommission zur Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe und entsprechenden gesetzlichen Regelungen wird die Suche eines Endlagers zur Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe noch im kommenden Jahr beginnen. Wir danken unseren grünen Vertreter*innen in der Kommission für ihre engagierte Arbeit und für ihren Einsatz im Interesse der kommenden Generationen.

Wir haben die Verantwortung, eine möglichst sichere Art der Lagerung zu finden. Diese muss die ungeheuren, in ihrer Dimension kaum abschätzbaren Risiken einer Lagerung für die Nachwelt so weit wie irgend möglich begrenzen. Die Anti-Atombewegung hat die Nutzung der Atomkraft auch deshalb von Anfang an als verantwortungslos bekämpft, weil es eine wirklich sichere „Entsorgung“ dieser hochgefährlichen Stoffe nicht gibt und nie geben wird. Sie hat sich in diesem jahrzehntelangen Kampf umfangreiches Wissen und Expertise angeeignet. Dieses muss im beginnenden Prozess der Endlagersuche in vollem Umfang eingebunden werden. Für den Beginn der Endlagersuche ist es daher ein schwerwiegender Rückschlag, wenn die Organisationen und Initiativen der Anti-Atombewegung nahezu geschlossen wesentliche Aspekte des Berichtes ablehnen.

Gerade wir Grüne, die in Deutschland aus und mit der Anti-Atombewegung entstanden sind, müssen diese Kritik ernst nehmen. Darum setzen wir uns dafür ein, dass die Ideen und Vorschläge der Anti-Atombewegung im Prozess der Endlagersuche angemessene Berücksichtigung finden. Die BDK fordert daher alle in die Endlagersuche involvierten Entscheidungsträger*innen innerhalb unserer Partei auf, sich dafür einzusetzen.

In diesem Zusammenhang stellen die BDK von Bündnis 90/DIE GRÜNEN fest

1. Der Standort Gorleben ist geologisch ungeeignet!

2. Der Standort Gorleben ist durch die politischen Fehlentscheidungen der vergangenen Jahrzehnte verbrannt. Ein weiteres Verbleiben im Verfahren ist daher nicht zumutbar!

Wir begrüßen und unterstützen die Vorschläge der Kommission zur Partizipation der Bevölkerung am Suchprozess. Allerdings müssen die Menschen dann auch in die Entscheidungen eingebunden werden.

Wir brauchen dringend eine gleichgeartete, verantwortliche Endlagersuche auch für schwach- und mittel-radioaktive Substanzen. Der bisherige Standort „Schacht Konrad“ kommt aufgrund der Anforderungen, welche die Kommission erarbeitet hat, nicht in Frage.

Die Bevölkerung in den betroffenen Regionen, die an der Planung der Endlagersuche beteiligt wird, muss auch angemessen und verbindlich in die dabei anfallenden Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Begründung

Begründung folgt

Weitere Antragsteller*innen

Karl-W. Koch (KV Vulkaneifel); Martina Lammers (KV Lüchow - Dannenberg); Andreas Knoblauch (KV Salzgitter); Jaime Timoteo-Gonzalez (KV Breisgau-HS); Uwe Dietrich (KV Lüchow-Dannenberg); Stephan Wiese (KV Stormarn); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Dr. Richard Janus (KV Paderborn); Thomas Dyhr (KV Barnim); Catrin Fabricius (KV Berlin-Pankow); F. Lothar Winkelhoch (KV Oberberg); Luisa Schwab (KV Kiel); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Stefan Senkel (KV Berlin-Pankow); Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße); Harms-F. Windmüller (KV Bad Segeberg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Stephanie Nabinger (KV Trier-Saarburg); Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich)